

Staatsschulden



Das Bild sich aufspannender Rettungsschirme ...

... hat man bis vor kurzem noch im Kontext der europäischen Staatsschuldenkrise und der damit verbundenen Griechenland-Hilfen verortet. In der Corona-Pandemie wird dieses Bild wieder aktuell, wenn auch unter anderen Ausgangsbedingungen: Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte nicht nur in Deutschland werden massiv erhöht, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie zu mildern. Gleichzeitig verbucht der Staat in der Krise weniger Einnahmen.

Damit sind die Vorzeichen einer Debatte umgekehrt, die schon lange um das Ziel des ausgeglichenen Staatshaushalts geführt wird: Darf der Staat auch außerhalb von Krisenzeiten Schulden machen, etwa um mehr Investitionen zu tätigen? Oder gefährdet ein hohes Staatsdefizit die finanzielle Stabilität eines Landes? Bestehende Regeln sind zwar während der Pandemie ausgesetzt, über das angemessene Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wird jedoch längst grundsätzlich diskutiert.

Über eine Einführung in die damit verbundenen finanzpolitischen Grundlagen gelangt das Themenblatt zur zentralen Frage des demokratischen Gemeinwesens: Wofür soll der Staat Geld (nicht) einnehmen und ausgeben? Die Antwort hat konkrete Auswirkungen auf die Lebenswelten der Bürger/-innen – und besonders auf die von Jugendlichen, da für sie nicht nur die momentanen Einnahmen und Ausgaben von Bedeutung sind, sondern auch die zukünftigen. Mit dem Wissen um die Spielräume finanzieller Entscheidungen können sie ihre Zukunft aktiv mitgestalten.

Peter Schuller

Inhalt

Vorab	2
Einführung ins Thema	3 – 5
Hinweise zu den Arbeitsblättern	6 – 8
Arbeitsblätter 01 – 04	9 – 12
Weiteres zum Thema	13
Zuletzt erschienen + Bestellhinweise	14

Zum Autor/Zur Autorin

Dr. Stephan Friebel-Piechotta ist Bereichsleiter für Schulpraxis und Unterrichtsforschung am Institut für Ökonomische Bildung, einem An-Institut der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind u. a. Bildung für nachhaltige Entwicklung und finanzielle Bildung.

Prof. Dr. Vera Kirchner ist Professorin für ökonomisch-technische Bildung und ihre Didaktik an der Universität Potsdam. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in der Fachdidaktik der ökonomischen Bildung.

**DIE NEUEN
THEMENBLÄTTER**
nutzbar in
3 Varianten



Kopieren: Die Arbeitsblätter sind je doppelt vorhanden: So verbleibt immer ein Exemplar zur Ansicht im Heft, während das andere herausgetrennt und kopiert werden kann – optimiert auf Schwarz-Weiß. Das ermöglicht die Vervielfältigung nach individuellem Bedarf und reduziert unnötigen Abfall.



Ausfüllen: Die PDF-Dateien sind barrierefrei und enthalten Eingabefelder. Die Lernenden können die Aufgaben mit PDF-fähigen Endgeräten lösen und die Ergebnisse digital einreichen. Das spart Druckkosten und ermöglicht Distanzunterricht.



Verändern: Die Themenblätter sind offene Bildungsmaterialien (OER) und stehen im ODT-Dateiformat zur Verfügung. So können viele Inhalte an die Bedürfnisse der Lerngruppe angepasst werden.

bbp.de/themenblaetter

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn; www.bpb.de

E-Mail der Redaktion: edu@bbp.de

Redaktion: Peter Schuller (verantwortlich),
Johannes Winter, Samini Mahendran

Autor/-in: Dr. Stephan Friebel-Piechotta,
Prof. Dr. Vera Kirchner

Gestaltung: Mohr Design, Köln

Titelfoto (Montage): Personen: © Shutterstock/
Varavin88; Geldscheine: Mohr Design/M. Witty

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Papier: 100% Recyclingpapier

Redaktionsschluss: Mai 2021

Veröffentlichung: 1. Auflage Mai 2021

Bestell-Nr. 5422, ISSN 0944-8357

Lizenz: Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe. Die Attribution soll wie folgt lauten:



Themenblätter im Unterricht | 127,
Autor/-in: Stephan Friebel-Piechotta und
Vera Kirchner, Herausgeberin: Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb (2021),
Lizenz: CC BY-SA 4.0

Hinweis:

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Staatsschulden – problematisch und unvermeidbar zugleich?

von Stephan Friebel-Piechotta und Vera Kirchner

Die Corona-Pandemie hat nicht nur das soziale, sondern auch das wirtschaftliche Leben in Deutschland stark verändert. Ging es zunächst darum, schnell und umfassend ökonomische Rettungspakete zu schnüren, ist nun die seit Jahren laufende Debatte um das Für und Wider einer Erhöhung der Staatsverschuldung neu entfacht. Doch was ist mit „Staatsschulden“ eigentlich gemeint?

Staatsschulden: interne und externe Verschuldung

Schulden = Schulden? Ganz so einfach ist es nicht, denn es ist etwas anderes, ob private Haushalte, Unternehmen oder Staaten sich verschulden. Dabei wird unter dem Begriff der Staatsverschuldung der Gesamtbetrag der Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen sowie dazugehörigen Institutionen wie den Sozialversicherungsträgern verstanden. Der entscheidende Unterschied zu Privathaushalten ist, dass Staaten eigentlich nicht insolvent (zahlungsunfähig) gehen können: Durch die Einnahme von Steuern können sie sich prinzipiell neues Einkommen erschließen. Auch kann ein Staat sich schlicht weigern, seine Schulden zu begleichen. In diesem Fall spricht man von einer inländischen bzw. internen Verschuldung: Der Staat leiht sich von den Bürgerinnen und Bürgern des eigenen Landes Geld in der Landeswährung. Werden diese Schulden dann in inländischer Währung zurückgezahlt, können gleichzeitig die Steuereinnahmen erhöht werden und damit die Schulden beglichen werden. Leiht sich der jeweilige Staat hingegen Geld im Ausland, spricht man von ausländischer bzw. externer Verschuldung. Diese ist in der jeweiligen ausländischen Währung zurückzuzahlen. Gelingt dies nicht,

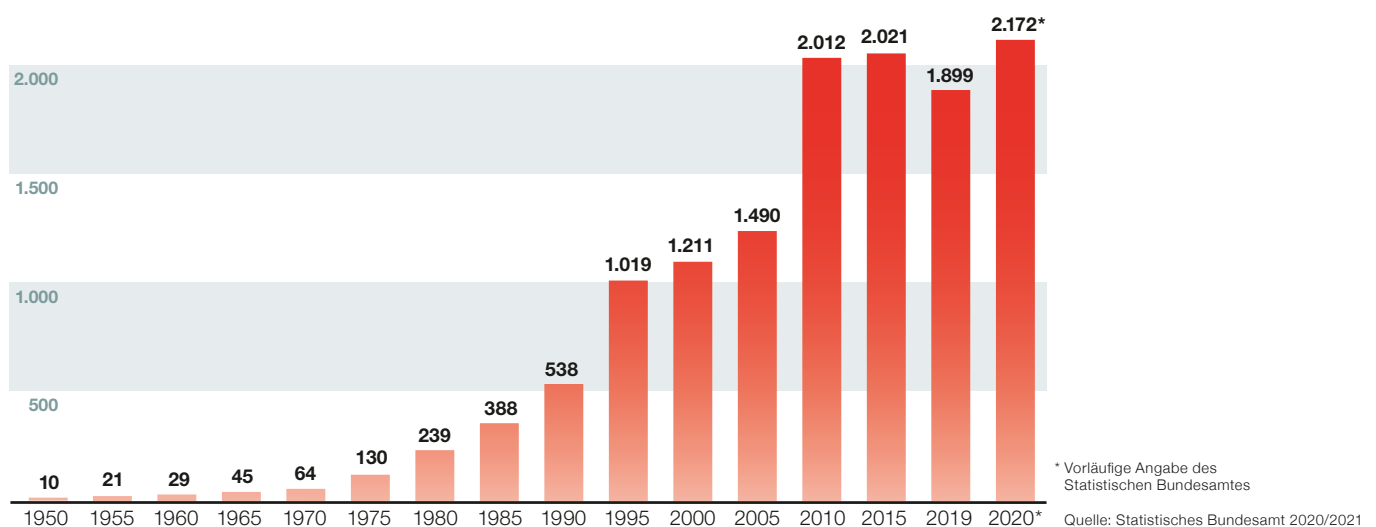
kann auch ein Staat verschuldet oder sogar zahlungsunfähig sein.¹ Jüngere Beispiele hierfür sind Argentinien und Mexiko, aber auch Deutschland war schon in Folge der beiden Weltkriege vorübergehend zahlungsunfähig.

Wie werden Staatsschulden gemessen?

Auch im Staat wird eine Bilanz geführt, die jährlichen Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt. Da es viele Ansprüche an Ausgaben gibt, ist ein *Haushalts- oder Budgetüberschuss* dabei eher selten. In Deutschland war das beim Bundeshaushalt in den Wirtschaftswunderzeiten der 1950er Jahre der Fall und über einen längeren Zeitraum hinweg erst wieder in den Jahren 2014 bis 2019 (s. Grafik S. 4). In der Regel gibt es auch beim Staatshaushalt mehr Ausgaben als Einnahmen und das dabei entstehende sogenannte *Haushalts- bzw. Budgetdefizit* muss über die Aufnahme neuer Schulden durch Kredite ausgeglichen werden (*Bruttokreditaufnahme*).² Neben dem jährlich zu ermittelnden Budgetdefizit wird auch der gesamte Schuldenstand ermittelt: Er umfasst die Summe aller Schulden der vorangegangenen Jahre. Unter dem Begriff der *Nettoneuverschuldung* bzw. *Nettokreditaufnahme* versteht

Staatsverschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts in Deutschland³

(in Milliarden Euro)



¹ Hanno Beck, Aloys Prinz: Staatsverschuldung: Ursachen, Folgen, Auswege. Bonn 2012, S. 8f.

² Ebd. S. 10.

³ Die in dieser Ausgabe genannten Zahlen entstammen verschiedenen Quellen und können voneinander abweichen. Aufgrund der Krisendynamik sowie neuerer Hochrechnungen/Schätzungen liegen zum Erscheinungszeitpunkt dieser Ausgabe ggf. aktuellere als die genannten Zahlen vor.

Bundshaushalt seit 2005

(in Milliarden Euro)

	Ausgaben	darunter Zinsen	Einnahmen	Nettokreditaufnahme
2005	259,8	37,4	228,4	31,2
2006	261,0	37,6	232,8	27,9
2007	270,5	38,8	255,7	14,3
2008	282,3	40,2	270,5	11,5
2009	292,2	38,1	257,7	34,1
2010	303,7	33,1	259,3	44,0
2011	296,2	32,8	278,5	17,3
2012	306,8	30,5	284,0	22,5
2013	307,8	31,3	285,5	22,1
2014	295,5	25,9	295,1	0
2015	299,3	21,1	311,1	0
2016	310,6	17,5	316,8	0
2017	325,5	17,5	330,4	0
2018	336,7	16,5	347,6	0
2019	343,6	12,1	357,1	0
2020	441,8	6,6	441,8	130,5
2021*	547,7	10,5	547,7	240,2
2022**	419,8		419,8	81,5
2023**	397,5		397,5	8,3
2024**	402,7		402,7	11,5
2025**	403,4		403,4	10,0

* Nachtragshaushalt
** Eckwerte Finanzplan

Quellen: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesfinanzministerium; © Sueddeutsche Zeitung 2021 (bearbeitet)

man die Differenz aus der Aufnahme neuer Kredite öffentlicher Haushalte und der Tilgung für bereits laufende Verbindlichkeiten. Um diese Zahlen aussagekräftig zu machen, werden sie in das Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes gesetzt, die darüber bestimmt, welche Schuldenmenge ein Staat zurückzahlen kann. Hierzu wird das *Bruttoinlandsprodukt* (BIP)⁴ genutzt und zum einen die *Schuldenstandsquote* (Verhältnis des absoluten Schuldenstandes zum BIP) eines Landes und zum anderen die sogenannte *Defizitquote* (Verhältnis des Schuldenstandes eines Haushaltsjahres zum BIP) ermittelt.⁵ Um ein differenziertes Bild zu erhalten, muss dann noch ein Blick auf die Mittelverwendung geworfen werden: Wozu nimmt der Staat die neuen Schulden auf? Wie in anderen Wirtschaftsbereichen auch, sind nachhaltige Investitionen

gegenüber Konsumausgaben zu bevorzugen. Dies wird in der Kennzahl des sogenannten *Primärsaldos* berücksichtigt.

Entwicklung der deutschen Staatsverschuldung

Bei ihrer Gründung war die Bundesrepublik Deutschland nahezu schuldenfrei (s. Grafik S. 3). In den darauffolgenden Jahrzehnten stieg die Verschuldung dann allerdings deutlich an. Besondere Treiber dieser Entwicklung waren neben der Wieder-

⁴ Unterschieden wird zwischen nominalem und realem BIP. Anders als das nominale BIP wird das reale BIP um eventuelle Preissteigerungen bereinigt, es wird daher auch BIP zu konstanten Preisen genannt.

⁵ Hanno Beck, Aloys Prinz: Staatsverschuldung: Ursachen, Folgen, Auswege. Bonn 2012, S. 11.

vereinigung 1990 vor allem auch Krisen wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 und die Corona-Krise. Um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krisen abzumildern, wurden von den jeweiligen Bundesregierungen umfangreiche Konjunkturprogramme aufgesetzt, die wiederum über neue Schulden finanziert wurden bzw. werden.

Die Schuldenbremse und die „Schwarze Null“ als politische Kontroverse

Während die Aufnahme neuer Schulden in Krisenzeiten weitestgehend konsensual ist, wird über die Frage der Neuverschuldung in Zeiten einer normalen konjunkturellen Lage in Deutschland kontrovers debattiert. Zur Diskussion steht vor allem die sogenannte Schuldenbremse – eine 2009 beschlossene und 2011 in Kraft getretene verfassungsrechtliche Regelung, die die Aufnahme neuer Staatsschulden begrenzt. Somit existieren im Grundgesetz in Artikel 109 verankerte verbindliche Regelungen zur Aufnahme neuer Schulden. Diese sind jedoch auch an die aktuelle konjunkturelle Wirtschaftslage gebunden und begrenzen die mögliche Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des nominalen BIP. Ausnahmen hierfür gelten für Krisenzeiten wie die aktuelle Corona-Pandemie.

Artikel 109 Abs. 3 GG:

„Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normlage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen mit der Maßgabe, dass Satz 1 nur dann entsprochen ist, wenn keine Einnahmen aus Krediten zugelassen werden.“

Die Schuldenbremse geht in Teilen über die europäischen Rahmenbedingungen hinaus. Auf europäischer Ebene haben sich die EU-Mitgliedsstaaten im Vertrag von Maastricht 1992 auf gemeinsame Fiskalregeln geeinigt. Für die öffentlichen

Finanzen sehen die sogenannten EU-Konvergenzkriterien vor, dass der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen darf und dass das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als drei Prozent des BIP übersteigen soll. Ein Blick auf den Schuldenstand der verschiedenen Länder in der EU zeigt, wie schwierig die Einhaltung dieser Regeln für die Länder mitunter ist. Die teilweise hohe Überschreitung macht auch deutlich, warum verschiedene Länder Schwierigkeiten haben, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie durch nationale Rettungspakete abzufedern.

Mit der Schuldenbremse eng verbunden ist die sogenannte Schwarze Null. Sie leitet sich aus der metaphorischen Unterscheidung zwischen schwarzen und roten Zahlen in der doppelten Buchführung ab⁶ und steht dafür, dass der Staat, in diesem Fall der Bund, in einem Haushaltsjahr (planmäßig) keine neuen Schulden aufnimmt.

Die Positionen von Politiker/-innen, Verbandsvertreter/-innen und Wissenschaftler/-innen zum Ziel einer „Schwarzen Null“ bzw. zur Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Ausgestaltung gehen weit auseinander. Während die einen die Schuldenbremse bzw. die „Schwarze Null“ (mit Ausnahme der Dauer der Corona-Pandemie) verteidigen, lehnen sie die anderen grundsätzlich ab oder fordern ihre Reformierung, um zumindest eine höhere Nettoneuverschuldung zu ermöglichen.

Befürworter/-innen ausgeglichener staatlicher Haushalte stellen die Risiken bzw. die negativen Folgen einer zu hohen staatlichen Verschuldung heraus.⁷ So wird argumentiert, dass durch die staatliche Schuldenaufnahme zukünftige Generationen, die die Schulden zurückzahlen müssen, zu stark belastet würden. Neben den intergenerationalen Verteilungsproblemen wird auch auf die Belastung durch zu leistende Zinszahlungen verwiesen, durch die der finanzielle Handlungsspielraum der Politik verringert wird. Diese Zinskosten, die im Bundeshaushalt als die sogenannte Bundesschuld verbucht werden, stellen noch im Haushalt 2011 den zweitgrößten Etatposten dar.⁸

Das zentrale Argument gegen die „Schwarze Null“ bzw. für ein Aufweichen der Schuldenbremse ist, dass nur durch die Aufnahme neuer Schulden notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Verkehrs- und digitale Infrastruktur oder Klimaschutz getätigt werden könnten.⁹ Die Investitionen würden sich wiederum positiv auf die Wirtschaftsleistung und damit verbunden auf die Steuereinnahmen auswirken. Die Forderungen nach mehr kreditfinanzierten Investitionen werden durch die derzeit niedrigen zu zahlenden Zinsen, die in Teilen sogar negativ sind, untermauert. Mögliche Zinssteigerungen – diese werden als Argument der Befürworter der derzeitigen Schuldenbremse angeführt – könnten durch das höhere Wirtschaftswachstum kompensiert werden, wie etwa der Ökonom Marcel Fratzscher argumentiert.¹⁰

⁶ Lukas Häffert: Die schwarze Null – Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte. Berlin 2016, S. 13.

⁷ Für viele: Fulko Lenz: Corona-Schulden: Eine Last für zukünftige Generationen? Positionspapier No. 11. Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2020.

⁸ Für nähere Informationen zum aktuellen und zu vergangenen Haushalten siehe [bundeshaushalt.de](https://www.bundeshaushalt.de).

⁹ Für viele: Marcel Fratzscher/Claus Michelsen: „Vergesst die Schwarze Null“, 4.3.2019. [diw.de/de/diw_01.c.615953.de/](https://www.diw.de/de/diw_01.c.615953.de/)

¹⁰ Ebd.

Wie setze ich die Materialien im Unterricht ein?

Lernziele:

Die Schülerinnen und Schüler

- beschreiben die krisenbedingte Aufnahme neuer Staatsschulden im Kontext der Corona-Pandemie und analysieren den „Corona-Effekt“ auf die öffentlichen Haushalte,
- definieren zentrale Begriffe der Finanz- und Haushaltspolitik,
- erklären, worum es sich bei der Schuldenbremse handelt,
- ermitteln und vergleichen den aktuellen Stand der Staatsschuldung in verschiedenen Ländern,
- diskutieren Folgen der Schuldenbremse bzw. der EU-Konvergenzkriterien für Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsländer vor dem Hintergrund der aktuellen Krise,
- stellen die Argumente für und gegen eine Schuldenbremse einander gegenüber und ermitteln die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien in dieser Frage,
- erläutern die Folgen einer höheren Neuverschuldung sowie einer strikten Einhaltung der Schuldenbremse insbesondere für die junge Generation,
- diskutieren verschiedene Positionen zur Schuldenbremse und entwickeln eine eigene begründete Position zur Neuaufnahme staatlicher Schulden bzw. zur Schuldenbremse über den Kontext der Corona-Krise hinaus.

Vorab: Der Kompetenzerwerb erfolgt entlang der vier thematischen Schwerpunkte in den Arbeitsblättern:

Zum Einstieg sollen die Krisenereignisse der Corona-Pandemie 2020/2021 motivational dazu anregen, sich allgemein mit dem Thema Staatsschulden zu befassen: In der Auseinandersetzung mit AB 01 lernen Schüler/-innen die Entwicklung des Bundeshaushalts und deren Hintergründe kennen (Aktualitätsbezug).

AB 02 dient der Vermittlung zentraler Grundbegriffe und -konzepte (Fachwissen). Insbesondere soll erläutert werden, was genau unter Staatsschulden verstanden wird, wie sich diese in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt haben und wie Staatsverschuldung gemessen werden kann. Auch auf den europäischen Kontext wird näher eingegangen.

Die wesentlichen Positionen in der Debatte um Staatsverschuldung und Schuldenbremse werden in AB 03 gegenübergestellt (Kontroversität). Schüler/-innen erarbeiten darüber hinaus die Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien und erschließen sich das Thema mehrperspektivisch.

Schließlich regt AB 04 zur Diskussion an: Die Schüler/-innen erkennen anhand dialogorientierter Aufgabenstellungen, dass sie das Thema Staatsschulden wesentlich betrifft und heutige Entscheidungen langfristige Auswirkungen auf ihre eigene Zukunft haben (Zukunftsorientierung).

AB 01 Staatsschulden aktuell: Corona stellt alles auf den Kopf

Corona-Wirtschaftspaket: „Beispiellos, aber notwendig“ Zu Aufgabe 1

Die im März 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie bedeutet eine (vorläufige) Abkehr von der Politik der „Schwarzen Null“ in Deutschland. Eine massive Aufnahme neuer staatlicher Schulden ist die Folge verschiedener Corona-Rettungspakete für unterschiedliche Bereiche bzw. Akteure der Wirtschaft, gleichzeitig ist das Thema Staatsverschuldung nun wieder auf der politischen Agenda.

Zu Aufgabe 2

Die Schüler/-innen lernen in Q2 den grundsätzlichen, vereinfachten Aufbau des Staatshaushalts kennen. Zu beachten ist, dass die verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) zum öffentlichen Gesamthaushalt zusammengefasst sind. Trotz zum Teil vorläufiger Schätzungen gilt die Kernaussage: Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 sanken 2020/2021 die Staatseinnahmen, während die Ausgaben erheblich anstiegen. Im Detail wird das Finanzierungssaldo 2020/2021 gegenüber 2019 vor allem anhand gesunkener Steuereinnahmen und erhöhter Ausgaben, insbesondere bei den Subventionen, erkennbar. Diese Veränderungen können bereits vor Einführung der Grundbegriffe (AB 02, Aufgabe 1 b) erarbeitet werden.

Zu Aufgabe 3

Die Schüler/-innen beziehen Stellung zur Aussage des Bundesfinanzministers, dass eine Neuverschuldung aufgrund der Corona-Krise notwendig sei, und begründen ihre Antwort. Unter Wissenschaftler/-innen herrscht in dieser Frage weitgehend Konsens: Die Aufnahme von Schulden zur Stabilisierung der Wirtschaft und zum Erhalt von Arbeitsplätzen ist demnach in einer Krisensituation wie der Corona-Pandemie sinnvoll. In der abschließenden Diskussion kann auch darauf eingegangen werden, welche Folgen es gehabt hätte, wenn zwar keine Schulden neu aufgenommen, damit jedoch auch keine Hilfgelder bereitgestellt worden wären.

AB 02 Welche Regeln gelten beim Schuldenmachen?

Was ist die Schuldenbremse?

Zu Aufgabe 1

zu a) Das zweiseitige PDF-Dokument ist verfügbar unter [bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Schuldenbremse/kurzinfo-zur-schuldenbremse.pdf](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Schuldenbremse/kurzinfo-zur-schuldenbremse.pdf) (QR-Code auf dem Arbeitsblatt).

Die Antworten lauten:

Die Schuldenbremse gibt es seit **2011**, sie ist verankert im **Grundgesetz** in **Artikel 109 Absatz 3**. Dort steht: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus **Krediten** auszugleichen.“ Im Falle von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen **Not-situationen**“ ist diese Regel bis zu einer gewissen Grenze ausgesetzt.

Im Normalfall gilt aber: Die jährliche Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) des Bundes darf **0,35%** des Bruttoinlandsprodukts (abgekürzt: **BIP**) nicht überschreiten. Damit werden die Regeln der **Europäischen Union** befolgt. Mit den EU-Konvergenzkriterien (auch Maastricht-Regeln genannt) gibt es auf europäischer Ebene weitere Vorgaben beim Schuldenmachen.

zu b)

Schuldenbremse: Verfassungsrechtliche Regelung zur Begrenzung der Aufnahme neuer Staatsschulden sowie zur Reduzierung des bestehenden Haushaltsdefizits in Deutschland.

Nettokreditaufnahme bezeichnet bei öffentlichen Haushalten die Differenz aus der Aufnahme von neuen Krediten und der Tilgung von bestehenden Kreditverpflichtungen.

Konjunktur bezeichnet die gesamtwirtschaftliche Lage eines Landes, aber auch die Lage einzelner Branchen oder Unternehmen. Die Nachfrage- und Produktionsschwankungen führen zu einer Veränderung der Auslastung von Produktionskapazitäten.

EU-Konvergenzkriterien: Im Vertrag von Maastricht (1992) haben sich die EU-Staaten auf verschiedene Vorgaben geeinigt, um die wirtschaftliche Stabilität der Eurozone zu fördern: Der öffentliche Schuldenstand darf in den einzelnen Ländern nicht mehr als 60 % des BIP, das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 % des BIP betragen.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden. Es ist eine Messgröße, die es erlaubt, die wirtschaftliche Leistung von Ländern zu vergleichen.

Staatsschulden im Vergleich Zu Aufgabe 2

zu a) Die Angaben beziehen sich auf das 3. Quartal 2020.

Staatsverschuldung	EU 27 gesamt	D	IT	PO	DK
in Milliarden Euro	12.036	2.345	2.584	288	131
in Prozent des BIP	89,8	70	154,2	56,7	42,4

zu b) Durch den Vergleich verschiedener exemplarischer Staatsschuldenquoten können die Lernenden diese besser einordnen und Staatsschulden sowohl als einzelstaatliches als auch als gesamteuropäisches Problem einer Staatengemeinschaft angesichts der neuen Krise erfassen. Zwar wurden die Konvergenzkriterien im Zuge der Pandemie vorerst ausgesetzt, debattiert wird über die darin festgelegten, wissenschaftlich umstrittenen Schuldengrenzen aber bereits seit langem: Die häufigen Verstöße verschiedener Mitgliedsländer würden die Regeln aushöhlen – bereits vor der Krise lagen einige Länder über der 60-Prozent-Grenze; zudem seien einheitliche Vorgaben angesichts unterschiedlicher Ausgangsbestimmungen nicht praktikabel, so die Kritiker/-innen.¹¹

Nicht nur die Mitgliedsstaaten der EU verschulden sich erheblich, um die Corona-Krise zu bekämpfen, auch die EU selbst nimmt Schulden auf, was sie bisher nicht getan hat: Mit einem Gesamtpaket (offiziell „Aufbau- und Resilienzfazilität“)¹² in Höhe von 750 Milliarden Euro sollen die Mitgliedsländer bis 2026 dabei unterstützt werden, ihre Volkswirtschaften in den kommenden Jahren zu reformieren und zu stärken. Die dafür bereitgestellten Gelder sollen aus dem EU-Haushalt, der von den Mitgliedsstaaten finanziert wird, bis 2058 zurückgezahlt werden.

AB 03 Staatsverschuldung – ein kontroverses Thema

Pro & Contra Schuldenbremse und die Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien Zu Aufgabe 1a) und b)

Argumente für die Schuldenbremse:

- Ohne eine Schuldenbremse steigen die Schulden in Deutschland. Das haben die Erfahrungen der Jahrzehnte vor der Schuldenbremse gezeigt.
- Die Zinszahlungen für die Schulden müssen von den nachfolgenden Generationen gestemmt werden. Für sie verringert sich dadurch der finanzielle und damit der politische Handlungsspielraum.
- Die heute niedrigen Zinsen sind kein Argument gegen die Schuldenbremse, weil die Zinsen wieder steigen werden.
- Die Schuldenbremse verhindert keine Investitionen, weil eine geringe Neuverschuldung auch mit der Schuldenbremse möglich ist. Auch können Investitionen durch Einsparungen im Haushalt finanziert werden.
- Die Schuldenbremse schränkt den Staat bei der Bewältigung der Corona-Krise nicht ein, sondern hat den finanziellen Handlungsspielraum dafür erst geschaffen.

¹¹ Tobias Kaiser: „Europas ewiger Schuldenpakt wankt“, 22.10.2020. [welt.de/218338196](https://www.welt.de/218338196)

¹² Weitere Informationen finden sich auf der Website der EU-Kommission: ec.europa.eu/info/sites/default/files/covid_recovery_factsheet_reform_de.pdf

Argumente gegen die Schuldenbremse:

- Die Schuldenbremse ist eine Ursache für den Investitionsstau in vielen Bereichen, z. B. Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz.
- Ohne neue Schulden sind die notwendigen Investitionen nicht zu stemmen. Haushaltskürzungen sind keine Alternative, weil sie beispielsweise Probleme im sozialen Bereich verstärken würden.
- Deutschland muss fast keine Zinsen zahlen.
- Investitionen, die durch neue Schulden möglich wären, kurbeln die Konjunktur an. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und der private Konsum nimmt zu.
- Die nachfolgenden Generationen profitieren von den Investitionen.

Die Position für die Schuldenbremse wird vor allem von den Parteien CDU, CSU und FDP eingenommen. Auch in der SPD gibt es viele Stimmen, zum Beispiel die des Finanzministers Olaf Scholz, die sich für die Schuldenbremse aussprechen. Vor allem Grüne und Linke stellen die Schuldenbremse in der derzeitigen Form infrage. Die Positionen im Einzelnen:¹³

CDU/CSU: Der CDU-Parteivorsitzende Armin Laschet sprach sich im Frühjahr 2021 ebenso für eine generelle Beibehaltung der Schuldenbremse aus wie die Schwesterpartei CSU.^{14,15} Der CDU-Politiker und Kanzleramtschef Helge Braun hatte zuvor eine zeitlich begrenzte Aufhebung der Schuldenbremse angeregt und damit eine breite Debatte ausgelöst.¹⁶

SPD: In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 betont die Partei, für „Zukunftsinvestitionen“ die „verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme nutzen“ zu wollen.¹⁷

AfD: Die Partei fordert eine konsequente Einhaltung der Schuldenbremse auch in Zeiten der Corona-Pandemie, die keine außergewöhnliche Notsituation sei, wie ihr haushaltspolitischer Sprecher im Februar 2021 betonte.¹⁸

FDP: Der Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021 fordert, dass die EU-Konvergenzkriterien „zügig wieder“ eingehalten werden sollen, um „unseren Kindern solide Finanzen“ zu hinterlassen.¹⁹

Die Linke: Die Schuldenbremse blockiere „langfristige[] Entwicklungen“ und „gehört abgeschafft“, fordert die Partei in ihrem Programmmentwurf.²⁰

Bündnis90/Die Grünen: Die Partei spricht sich in ihrem Programmmentwurf für eine Reform der Schuldenbremse aus: Sie solle um eine „begrenzte Kreditaufnahme“ ergänzt werden, „um die so dringenden Investitionen zu ermöglichen“.²¹

AB 04 Was haben Staatsschulden mit mir zu tun?

Die Folgen finanzpolitischer Entscheidungen Zu Aufgabe 1

Die erste Karikatur zielt auf die Gefahr eines hohen Schuldenbergs für die kommenden Generationen ab. Der Schuldenberg kann von dem Vater nur mit aller Mühe gestemmt werden. Der Sohn droht von den Schulden regelrecht erschlagen zu werden.

Die zweite Karikatur zielt auf die Folgen einer strikten Einhaltung der Schuldenbremse ab. Das solide Wirtschaften des ehemaligen Bundesfinanzministers Schäuble („Schwarze Null“ und Schuldenbremse) hat dazu geführt, dass notwendige Investitionen in das Haus, in dem auch die nachfolgenden Generationen leben müssen, nicht getätigt wurden, wodurch es über die Jahre unbewohnbar geworden ist.

Wofür Geld ausgeben?

Zu Aufgabe 2

Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass das demokratische politische Spektrum abgebildet wird. Bei der Entwicklung ihrer jeweiligen Meinung sollten die Lernenden dazu angehalten werden, diese ausgehend von den Argumenten zu formulieren und entsprechend zu begründen. Auch grundsätzlicheren Vorstellungen der Jugendlichen, die über die (parteilichen) Positionen zur engeren Thematik hinausgehen, soll Raum zur Artikulation gegeben werden.

¹³ Angeführt werden aus Gründen der Aktualität die Bundestagswahlprogramme bzw. Programmmentwürfe der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien. Wo zu Redaktionsschluss noch keine Programme vorlagen, wird auf Äußerungen von Parteivertreter/-innen Bezug genommen.

¹⁴ Reuters: „Laschet pocht auf Festhalten an Schuldenbremse“, 23. 4. 2021. [reuters.com/article/deutschland-haushalt-laschet-idDEKBN2CA1Q3](https://www.reuters.com/article/deutschland-haushalt-laschet-idDEKBN2CA1Q3)

¹⁵ Markus Blume: „Hände weg von der Schuldenbremse“, 11. 2. 2021.

¹⁶ Florian Gathmann u. a.: „Helge Brauns Unions-Torpedo“, 26. 1. 2021. [spiegel.de/politik/deutschland/helge-braun-zur-schuldenbremse-torpedo-fuer-cdu-und-csu-a-b4b0d95d-7a01-4173-817e-df6990800ad6](https://www.spiegel.de/politik/deutschland/helge-braun-zur-schuldenbremse-torpedo-fuer-cdu-und-csu-a-b4b0d95d-7a01-4173-817e-df6990800ad6)

¹⁷ SPD: Programm zur Bundestagswahl 2021. [spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/20210301_SPD_Zukunftsprogramm.pdf), S. 20 (zuletzt abgerufen am 10. 5. 2021).

¹⁸ Deutscher Bundestag: „AfD-Vorstoß zur Einhaltung der Schuldenbremse stößt auf Widerspruch“, 11. 2. 2021. [bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw06-de-schuldenbremse-819584](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw06-de-schuldenbremse-819584)

¹⁹ FDP: Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021. [fdp.de/assets/pdf/110463-programmentwurf-nie-gab-es-mehr-zu-tun-2.pdf](https://www.fdp.de/assets/pdf/110463-programmentwurf-nie-gab-es-mehr-zu-tun-2.pdf), S. 11 (zuletzt abgerufen am 10. 5. 2021).

²⁰ Die Linke: Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021. [die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf), S. 83 (zuletzt abgerufen am 10. 5. 2021).

²¹ Bündnis90/Die Grünen: Programmmentwurf zur Bundestagswahl 2021. [cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammmentwurf.pdf](https://www.cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammmentwurf.pdf), S. 48 (zuletzt abgerufen am 10. 5. 2021).

Staatsschulden aktuell: Corona stellt alles auf den Kopf

Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie hat die deutsche Bundesregierung im Jahr 2020 mehrere Rettungspakete in Milliardenhöhe geschnürt. Deren Finanzierung erfolgt über die Aufnahme neuer Schulden.

Corona-Wirtschaftspaket: „Beispiellos, aber notwendig“

Am 23. März 2020, wenige Tage nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Deutschland, trat der Bundesfinanzminister vor die Presse:



Q1 Das größte staatliche Rettungsprogramm für die Wirtschaft, das es in der Geschichte der Bundesrepublik bislang gegeben hat – Bundesfinanzminister Olaf Scholz brauchte beide Hände, um es den Journalisten mit einer Geste zu präsentieren: [...] „Wir werden alles tun, was notwendig ist, um Arbeitsplätze und Unternehmen und Beschäftigung und die Gesundheit zu verteidigen.“ Die Corona-Krise verändere unser ganzes Leben, betonte Scholz. Und anders als während der Finanzkrise vor elf Jahren sind nun fast alle Unternehmen betroffen. Die Bundesregierung will so vielen wie möglich helfen – vom Solo-Selbständigen bis zum großen Weltkonzern.

aus: tagesschau.de

Mit einer Hand zu stemmen? Finanzminister Olaf Scholz am 23. März 2020

1 Beschreibe: Warum war die krisenbedingte Aufnahme neuer Schulden im Jahr 2020 aus Sicht des Finanzministers (Q1) notwendig und wer soll davon profitieren?

.....

.....

.....

2 Analysiere den „Corona-Effekt“ auf die öffentlichen Haushalte (Q2). Markiere die stärksten Veränderungen zwischen den Jahren 2019, 2020 und 2021. Was stellst du im Hinblick auf den öffentlichen Schuldenstand fest?

i Die „öffentlichen Haushalte“ umfassen die Finanzen des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Sozialversicherungen in Deutschland.

Öffentliche Haushalte: Der Corona-Effekt				Q2
in Milliarden Euro				
	2019	2020	2021	
Einnahmen insgesamt	1.608	1.563	1.624	
darunter:				
Steuern	827	773	807	
Sozialbeiträge	598	608	634	
Ausgaben insgesamt	1.558	1.703	1.767	
darunter:				
Sozialleistungen	846	905	938	
Arbeitnehmerentgelte	271	283	291	
Bruttoinvestitionen	86	93	95	
Subventionen	31	70	75	
Finanzierungssaldo	50	-140	-143	

Quelle: [iwd.de](http://www.iwd.de)/ Sachverständigenrat Wirtschaft 2020/2021. Angaben 2021: Prognose

3 Stimmst du der Aussage von Olaf Scholz zu, dass die Aufnahme neuer Schulden notwendig war? Begründe deine Entscheidung. Vergleiche anschließend eure Ergebnisse.

Ja, Nein, Jein, denn

.....

.....

Q1: <http://web.archive.org/web/20200323T19:45:11/http://tagesschau.de/inland/corona-paket-altmaier-scholz-101.html>
Olaf Scholz © picture alliance/ ASSOCIATED PRESS/ Michael Sohn

Welche Regeln gelten beim Schuldenmachen?

Um ihre Ausgaben zu finanzieren, nehmen Staaten nicht nur in Krisenzeiten Schulden auf. In Deutschland besagt das Grundgesetz aber: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“ Und auch die EU gibt Regeln vor.

Was ist die Schuldenbremse?

1 a) Öffne über den QR-Code oder über die Suchworte „Funktionsweise der Schuldenregel des Bundes“ das PDF-Dokument des Bundesfinanzministeriums. Lies den Text und ergänze die fehlenden Begriffe:



Die Schuldenbremse gibt es seit, sie ist verankert im in Artikel
Dort steht: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus auszugleichen.“ Im Falle von „Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen“ ist diese Regel bis zu einer gewissen Grenze ausgesetzt.

Im Normalfall gilt aber: Die jährliche Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) des Bundes darf % des Bruttoinlandsprodukts (abgekürzt:) nicht überschreiten. Damit werden die Regeln der befolgt. Mit den EU-Konvergenzkriterien (auch Maastricht-Regeln genannt) gibt es auf europäischer Ebene weitere Vorgaben beim Schuldenmachen.

b) Verbinde die Begriffe in der Mitte mit den passenden Definitionen.

Im Vertrag von Maastricht (1992) haben sich die EU-Staaten auf verschiedene Vorgaben geeinigt, um die wirtschaftliche Stabilität der Eurozone zu fördern: Der öffentliche Schuldenstand darf in den einzelnen Ländern nicht mehr als 60 % des BIP, das jährliche Haushaltsdefizit nicht mehr als 3 % des BIP betragen.

bezeichnet die gesamtwirtschaftliche Lage eines Landes, aber auch die Lage einzelner Branchen oder Unternehmen. Die Nachfrage- und Produktionsschwankungen führen zu einer Veränderung der Auslastung von Produktionskapazitäten.

bezeichnet bei öffentlichen Haushalten die Differenz aus der Aufnahme von neuen Krediten und der Tilgung von bestehenden Kreditverpflichtungen.

Schuldenbremse

Nettokreditaufnahme

Konjunktur

EU-Konvergenzkriterien

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

umfasst den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet werden. Es ist eine Messgröße, die es erlaubt, die wirtschaftliche Leistung von Ländern zu vergleichen.

Verfassungsrechtliche Regelung zur Begrenzung der Aufnahme neuer Staatsschulden sowie zur Reduzierung des bestehenden Haushaltsdefizits in Deutschland.

Staatsschulden im Vergleich

2 a) Trage mit Hilfe der Daten von Statista (zu finden über die beiden QR-Codes) den aktuellen Stand der Staatsverschuldung in den angegebenen Ländern ein. Was fällt dir beim Vergleich auf?

Staatsverschuldung	EU 27 gesamt	Deutschland	Italien	Polen	Dänemark
in Milliarden Euro					
in Prozent des BIP					

b) Welche Folgen haben die EU-Konvergenzkriterien (s. Aufgabe 1b) für Deutschland und die anderen europäischen Mitgliedsländer...

als einzelne staatliche Akteure?

als Staatengemeinschaft?

Staatsverschuldung – ein kontroverses Thema

Die Frage, ob und wenn ja in welcher Höhe der Staat sich verschulden sollte, wird in Deutschland seit vielen Jahren in Politik und Wissenschaft kontrovers diskutiert. Die verschiedenen Positionen werden beispielhaft in der Debatte um die Schuldenbremse deutlich.

Pro & Contra Schuldenbremse und die Haltung der im Bundestag vertretenen Parteien

Die Schuldenbremse sollte nicht infrage gestellt werden!	↔	Die Schuldenbremse muss abgeschafft oder gelockert werden!
<p>Der Verzicht auf eine Schuldenbremse führt vor allem zu einer immer weiter steigenden Verschuldung öffentlicher Haushalte. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland haben das gezeigt. Die Folgen einer solchen Haushaltspolitik sind gravierend, vor allem für die zukünftigen Generationen, die die Schulden plus Zinsen zurückzahlen müssen. Noch im Jahr 2011 machten die Zinszahlungen den zweitgrößten Posten im Bundeshaushalt aus. Durch diese Zahlungsverpflichtungen wird der politische Handlungsspielraum eingeschränkt, denn das Geld, das für Zinszahlungen aufgewendet werden muss, fehlt für Sozialleistungen, Bildung, Kultur und Investitionen. An dieser Tatsache ändern auch die derzeit niedrigen Zinsen nichts, die Deutschland für neue Schulden zahlen muss. Denn die Zinsen werden nicht für immer um die null Prozent liegen, sondern irgendwann auch wieder steigen. Die Schuldenbremse verhindert auch nicht, dass in wichtige Bereiche wie Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur investiert werden kann. So können durch Ausgabenkürzungen im Haushalt Gelder eingespart werden, die dann wiederum für Investitionen zur Verfügung stehen. Auch schränkt die Schuldenbremse den Staat bei der Bewältigung der Corona-Krise nicht ein, im Gegenteil. Ohne die Schuldenbremse wären die finanziellen Möglichkeiten für Hilfen in der Krise deutlich geringer.</p>	↔	<p>Ja, die Schuldenbremse hat dazu beigetragen, dass die Nettoneuverschuldung bis zur Corona-Krise auf Null gesunken ist, aber zu welchem Preis? In Deutschland besteht ein enormer Investitionsstau. So hat uns die Corona-Krise vor Augen geführt, wie hoch der Ausbauebedarf der digitalen Infrastruktur ist. Auch in anderen Bereichen fehlt es an Geld für Investitionen: Klimaschutz, Verkehrsinfrastruktur oder Bildung – um nur einige zu nennen. Ohne neue Schulden sind diese Investitionen nicht zu stemmen. Entgegenhalten könnte man nun, dass die notwendigen Investitionen durch Ausgabenkürzungen finanziert werden können. Aber bevor man darüber nachdenkt, Sozialleistungen zu kürzen, sollte man sich lieber mal die Frage stellen, was eigentlich gegen eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, also für eine Abkehr von der Schuldenbremse spricht. Als erstes wären die niedrigen Zinsen zu nennen. Der Bund kann sich derzeit zum Nulltarif Geld leihen. Und weil die Zinsen in absehbarer Zeit nicht steigen werden, wird sich das auch nicht ändern. Zweitens kurbeln Investitionen, die durch neue Schulden möglich wären, die Konjunktur an. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und der private Konsum nimmt zu. Und die künftigen Generationen? Die profitieren von einer guten digitalen Infrastruktur, Klimaschutz und guten Schulen. Dafür muss die Schuldenbremse übrigens noch nicht mal völlig abgeschafft werden. Es würde reichen, wenn sie gelockert werden würde.</p>

- 1** a) Was spricht für die Schuldenbremse, was dagegen? Trage die jeweiligen Argumente links und rechts ein.
- b) Recherchiere die Argumente der im Bundestag vertretenen Parteien zur Schuldenbremse. Welche Position und Argumente vertreten sie? Ordne mit Pfeilen den Argumenten aus Aufgabe a) die Positionen der Parteien zu. Ergänze ihre Haltung, wenn die Parteien andere Argumente anführen.

Argumente für die Schuldenbremse	↔	Argumente gegen die Schuldenbremse
	<div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">CDU/CSU</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">SPD</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">AfD</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">FDP</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">Die Linke</div> <div style="border: 1px solid gray; border-radius: 10px; padding: 5px; width: 80px; margin: 5px auto;">Bündnis90/ Die Grünen</div>	

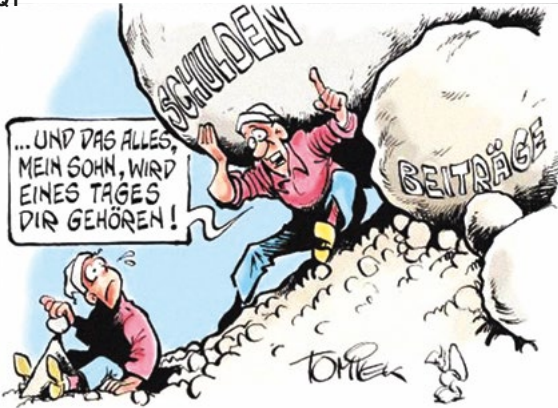
Was haben Staatsschulden mit mir zu tun?

Auch bei Staatsschulden gilt: Wer heute Kredite aufnimmt, muss sie in der Zukunft zurückzahlen. Was bedeutet das für junge Menschen und kommende Generationen?

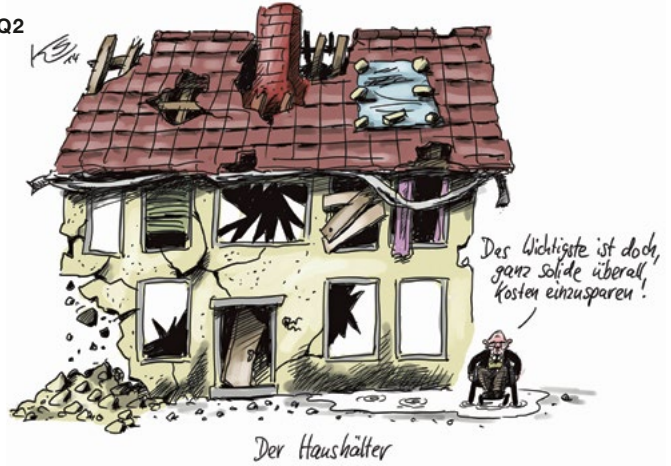
Die Folgen finanzpolitischer Entscheidungen

1

Q1



Q2



a) Beschreibe die beiden Karikaturen und notiere erste Eindrücke.

.....

.....

b) Welche Aussage wird getroffen?

.....

.....

c) Wie beurteilst du die Aussage? Bewerte die Karikatur und tauscht anschließend eure Meinung aus.

.....

.....

Wofür Geld ausgeben?

2

Der Staat sollte mehr Schulden aufnehmen! Wie sollen sonst die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen bezahlt werden? ✓✓

Wir können dafür doch auch in anderen Bereichen Geld sparen. Warum müssen wir Milliarden für Rüstung oder Autobahnen ausgeben? ✓✓

Vielleicht muss man ja auch nicht in anderen Bereichen Geld kürzen. Ich wäre für Steuererhöhungen. ✓✓

Für mich ist es entscheidend, was mit den neu aufgenommenen Schulden finanziert wird! ✓✓

Deine Meinung:

.....

.....

Meinungsaustausch:

.....

.....

a) Was ist deine Meinung? Schreibe deine Position in den Gruppenchat.

b) Tausche das Arbeitsblatt mit deinem Partner/deiner Partnerin. Nimm zu seiner/ihrer Meinung Stellung und trage deine Antwort in die letzte Sprechblase ein.

c) Stellt eure Positionen der Klasse vor und diskutiert.

Finanzpolitik, Staatshaushalt, Staatsschulden, Schwarze Null

Angebote der bpb

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Schwarze Null
Nr. 48/2020
Bestell-Nr. 72048 | bpb.de/319067

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Steuerpolitik
Nr. 23-25/2017
Bestell-Nr. 7723 | bpb.de/249246

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Schulden
Nr. 2/2016
Bestell-Nr. 7601 | bpb.de/218007

Destatis/WZB/BiB:
Datenreport 2021
Bestell-Nr. 3996 | bpb.de/328110

Caspar Dohmen:
**Finanzwirtschaft.
Wie alles zusammenhängt**
Bestell-Nr. 3973 | bpb.de/322782

Werner Heun (Hg.):
**Staatsschulden.
Ursachen, Wirkungen und Gefahren**
Bestell-Nr. 1602 | bpb.de/210955

Judith Kösters, Heike Ließmann,
Karl-Heinz Wellmann (Hg.):
**Welt der Wirtschaft.
Neue Fragen, einfach erklärt**
Bestell-Nr. 1718 | bpb.de/240198

Karsten Mause, Christian Müller,
Klaus Schuber:
**Politik und Wirtschaft:
Ein integratives Kompendium**
Bestell-Nr. 10632 | bpb.de/331464

Bibliographisches Institut:
**Lexikon der Wirtschaft.
Grundlegendes Wissen von A bis Z**
Bestell-Nr. 1778 | bpb.de/238750

Jan Schwochow, Thomas Ramge:
Wirtschaft verstehen mit Infografiken
Bestell-Nr. 10097 | bpb.de/258464

Online-Dossier:
Die Netzdebatte. Schuldenbremse
bpb.de/206917

Thema im Unterricht:
Wirtschaft für Einsteiger (Arbeitsmappe)
Bestell-Nr. 5336 | bpb.de/75666

Zur Vertiefung

Stefan Bajohr:
**Grundriss Staatliche Finanzpolitik.
Eine praktische Einführung**
Wiesbaden 2008

David Graeber:
Schulden: Die ersten 5000 Jahre
Stuttgart 2012

Hanno Beck, Aloys Prinz:
**Staatsverschuldung:
Ursachen, Folgen, Auswege**
Bonn 2012

Lukas Haffert:
**Die schwarze Null – Über die Schattenseiten
ausgeglichener Haushalte**
Berlin 2016

Fulko Lenz:
**Corona-Schulden: Eine Last für zukünftige
Generationen? Positionspapiere No. 11**
Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2020,
online verfügbar unter:
<http://hdl.handle.net/10419/224985>

Jenny Preunkert:
**Eine Soziologie der Staatsverschuldung.
Über die Finanzialisierung, Transnationalisierung
und Politisierung von Staatsschulden
in der Eurozone**
Weinheim 2020

Axel Stommel:
**Basics der Ökonomie:
Herrschende Lehren auf dem Prüfstand.
Wirtschaftspolitik, Staat und Steuern**
Marburg 2019

[iwkoeln.de/themen/finanz-und-sozialpolitik/
staatsverschuldung.html](http://iwkoeln.de/themen/finanz-und-sozialpolitik/staatsverschuldung.html)

Themenseite Staatsverschuldung des Instituts
der deutschen Wirtschaft Köln (IW)

Für den Unterricht

Der Standard (2020):
Was sind Staatsschulden?
youtu.be/aibBn6ZyPH4
5-minütiges Erklärvideo zum Thema

Körber-Stiftung (2020):
**Geschichte der Staatsverschuldung: Kredite
für die öffentliche Hand. Staatsfinanzen und
Verschuldung in historischer Perspektive**
historyandpolitics.podigee.io/16-new-episode
Podcast (ca. 40 min) mit der Historikerin
Stefanie Middendorf zur Geschichte der
Staatsverschuldung

Leibniz Gemeinschaft & T-Online (2020):
**Schwarze Null – die Rettung für den Staats-
haushalt?**
[tonspurwissen.podigee.io/8-schwarze-null-
rettung-fur-den-staatshaushalt](https://tonspurwissen.podigee.io/8-schwarze-null-rettung-fur-den-staatshaushalt)
Podcast (ca. 50 min) mit grundlegender Ein-
führung in die Thematik, aufgenommen vor
Beginn der Corona-Pandemie

Unterricht Wirtschaft + Politik 3/2020:
Haushalten
Themenheft mit Unterrichtsmaterialien für die
Sekundarstufe I/II u. a. zur Entstehung des
Bundeshaushalts mit Beiträgen der Autorin
und des Autors dieser Ausgabe



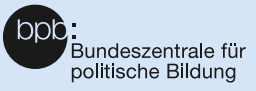
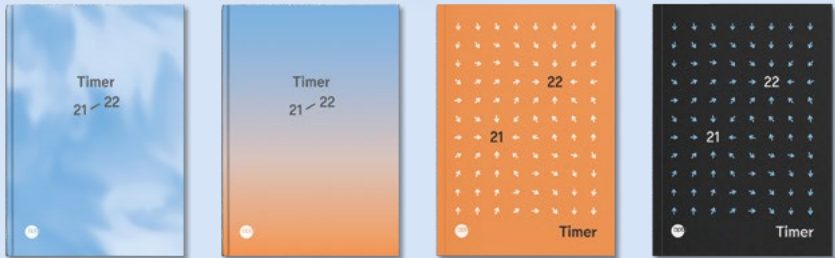


Verplant?

Das passiert mit dem Timer nicht.

Der Schülerkalender der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert nicht nur den Alltag, er bietet auch Wissenswertes aus aller Welt.


Einfach bestellen auf [bpb.de/timer](https://www.bpb.de/timer)



Zuletzt erschienene Themenblätter:

-   **Impfen als Pflicht? | 128 | Bestell-Nr. 5423**
-   Staatsschulden | 127 | Bestell-Nr. 5422
-   Was denken Rechtsextreme? | 126 | Bestell-Nr. 5421
-   Aus Seuchen lernen? | 125 | Bestell-Nr. 5420
-   Rechtspopulismus | 114 | Bestell-Nr. 5408
-   18. März 1848/1990 | Extra | Bestell-Nr. 5419
-   Alles vereint? 30 Jahre deutsche Einheit | 124 | Bestell-Nr. 5418
-   Antisemitismus | 123 | Bestell-Nr. 5417
-   Klimaschutz und gesellschaftlicher Wandel | 122 | Bestell-Nr. 5416
-   Minderheiten und Toleranz | 105 | Bestell-Nr. 5998
- Rüstungsexporte aus Deutschland | 121 | Bestell-Nr. 5415
- Mahnmal Erster Weltkrieg | 120 | Bestell-Nr. 5414
- Digitale Öffentlichkeit, Social Media und ich | 119 | Bestell-Nr. 5413
- Hate Speech | 118 | Bestell-Nr. 5412
- Informationsfreiheit | 117 | Bestell-Nr. 5411
- Kindersoldaten | 116 | Bestell-Nr. 5410
- Staat und Religionen nach dem Grundgesetz | 115 | Bestell-Nr. 5409
- Umwelt und Verkehr | 113 | Bestell-Nr. 5407
- Zukunft der Europäischen Union? | 112 | Bestell-Nr. 5406

Alle Ausgaben online als PDF abrufbar

 Arbeitsblätter auch als ausfüllbare PDF-Dateien verfügbar

 Arbeitsblätter auch als veränderbare ODT-Dateien verfügbar



Herunterladen, bestellen, abonnieren
 Gedruckte Ausgaben kostenlos bestellen und als PDF oder OER abrufen unter: [bpb.de/themenblaetter](https://www.bpb.de/themenblaetter)
 Sie möchten die Themenblätter regelmäßig gedruckt erhalten (≈ 2 x 2 Ausgaben/Jahr) oder Ihr Abonnement abbestellen? Schreiben Sie uns an edu@bpb.de.